



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl, Jan Schiffers**  
und **Fraktion (AfD)**

### **Kosten-Explosion im Gesundheitssystem entschieden entgegenwirken**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen,

1. dass die geplanten Zusatzbeiträge ab 2024 für die Krankenkassen nicht umgesetzt werden,
2. dass ein für die Zukunft beabsichtigter Reformplan im Gesundheitssystem, mit einer Selbstbeteiligung im Behandlungsplan von mindestens 800 Euro, nicht zum Tragen kommt.

Der Landtag stellt fest, dass die Pläne des Bundesgesundheitsministers Prof. Dr. Karl Lauterbach die bayerischen Bürger und die Wirtschaft übermäßig belasten würden und daher strikt abzulehnen sind.

### **Begründung:**

Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach hat eine Anhebung der Krankenkassenbeiträge angekündigt, um die Finanzierungslücke der gesetzlichen Krankenkassen zu schließen. „Um eine Beitragsexplosion zu verhindern, schlägt der Finanzexperte Bernd Raffelhüschen einen radikalen Reformplan vor“<sup>1</sup>. Durch die Coronakrise wurden die negativen Bilanzen der Krankenkassen weiter verstärkt. Die Ausgaben pro Versicherten sind im vergangenen Jahr stark gestiegen, Beispiele sind Long-COVID, Impfschäden und Herzerkrankungen.

Millionen Bürger müssen sich auf höhere Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung einstellen. Das heißt, ab Januar wird auf vielen Gehaltsabrechnungen ein geringeres Nettoeinkommen geben.

Da die Finanzlücken nicht von unserem Bürger verursacht wurden, sondern durch das Fehlverhalten der Politik und damit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV), die ohne jegliche Prüfung die Steuergelder von unseren Bürgern dafür verschwendeten. Währenddessen sind immer weniger aktive Beitragszahler, die monatlich in die KV einzahlen. Gleichzeitig wurden immer mehr Leistungsbezieher aus der ganzen Welt in unsere gesetzlichen Versicherungen aufgenommen.

Die Krankenkassen reden von Erhöhung, um die Finanzierungslücke der gesetzlichen Krankenkassen zu schließen. Die Bürger aus Bayern werden dafür bestraft, was die KV vermässelt hat. Laut Aussage Stefan Etgeton, Experte für Gesundheitspolitik bei der Bertelsmann-Stiftung, war die finanzielle Entwicklung der gesetzlichen Krankenkassen schon lange absehbar.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> news.de, Raffelhüschen 16.06.2023

<sup>2</sup> tagesschau.de, Gather, Dietz vom 28.12.2020